

Nachbarsprachen-Unterricht Niederländisch

Teil A : Bedingungsfelder und Legitimation *

2. Das Grundrecht auf Nachbarsprachen-Unterricht

2.1 Die Genese der Sprachgrenze

2.1.1 Der „Naturzustand“

Vielleicht ist es riskant, einen derart historisch von positiven wie negativen Konnotationen belasteten Begriff zu gebrauchen; aber hier, im Kontext der Genese der deutsch-niederländischen Grenze, ist mit dem Terminus Naturzustand keine Wertung verbunden; vielmehr sollen die sprachlichen Verhältnisse vor der Entstehung der Grenze als „Naturzustand“ gekennzeichnet werden, weil sie relativ frei waren von Sprachregelungen, und das über einen Zeitraum von vielen Jahrhunderten.

Jene sprachlichen Verhältnisse sind zu einem guten Teil bewahrt geblieben in den noch lebenden Dialekten, wie in den Untersuchungen und Karten der dialektologischen Forschung deutlich wird.

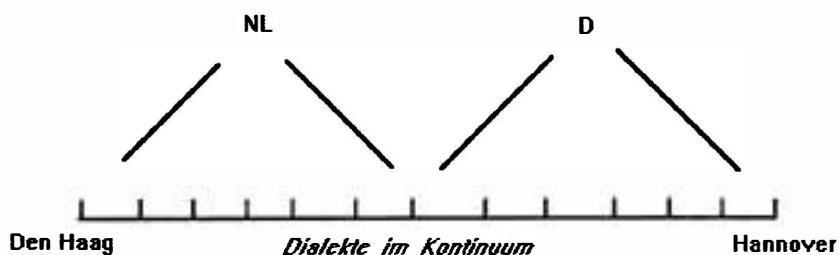
Die von den Dialektologen beschriebenen Sprachlandschaften lassen keinen Zweifel an der Tatsache zu, daß es im gesamten Gebiet der gegenwärtigen Grenzregionen sehr fließende Dialektübergänge in einem Sprachkontinuum gab.

Mit anderen Worten: Die „Grenzlandbewohner“ hatten lange Zeit keine Schwierigkeiten sprachlicher Verständigung über die Verwaltungsgrenzen hinweg, soweit die Territorien überhaupt schon halbwegs feste Grenzen kannten.

Insofern es natürlich ist, mit seinen Nachbarn eine gemeinsame Sprache zu sprechen als Bedingung von Verständigung und Zusammenarbeit, hat der Begriff „Naturzustand“ in den Zeiten des kontinentalwestgermanischen Kontinuums seine Berechtigung.

Ein Querschnitt durch die Dialektgebiete auf einer West-Ost-Linie zwischen Den Haag und Hannover läßt sich wie folgt schematisch darstellen:

*) Fortsetzung des in nn 2/93 begonnenen mehrteiligen Aufsatzes.



Das Kontinuum der deutsch-niederländischen Dialekte¹ von heute verweist zurück auf die Zeit vor 500 und mehr Jahren, als der gemeinsame Nenner der verschiedenen Sprachlandschaften in den Bezeichnungen „duutsch“ und „dietsch“ sowie „diutsch“ und „tiutsch“ zum Ausdruck kam. „Deutsch“ in der eingeschränkten Bedeutung von heute konnte damit nicht gemeint sein, weil es den niederländischen und den deutschen Nationalstaat noch nicht gab.

Das Fehlen einer strikten Sprachgrenze war zwar nicht die einzige Voraussetzung, aber doch eine gute Basis für den Handel in diesem Raum, sei es zur Zeit der Hanse oder später zur Zeit der Hollandgänger².

2.1.2 Die Kultursprachen

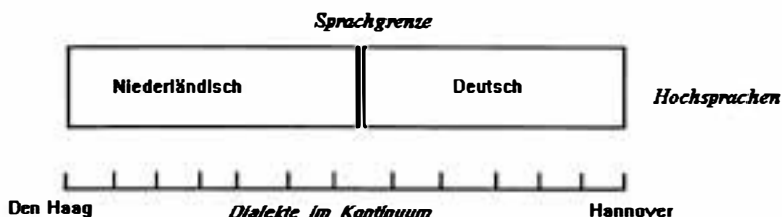
Allmählich bildeten sich in Deutschland und in den Niederlanden normierte Kultur- und Standardsprachen heraus, die überregionale Geltung erlangten und die bodenständigen Dialekte überlagerten. Die Landschaften, die diese Standardsprachen im wesentlichen prägten, liegen in beiden Fällen weitab vom deutsch-niederländischen Grenzraum.

Da das Holländische vom äußersten Westen her die Sprachformen im Osten des Landes überlagerte wie das Meißnische von Osten her die Mundarten im Westen, kam es an der Grenze über dem dialektalen Kontinuum zu einer lingualen Verwerfung, der Sprachgrenze, die zusammenfiel mit der Staatsgrenze.

Während das Kirchen- und Gelehrten-Latein als Jargon einer winzigen Elite in Jahrhunderten den Gebrauch der Dialekte unbehelligt ließ und zu keiner Zeit in Frage stellte, verdrängte die nationale Schriftsprache zuerst das Latein und schließlich die Dialekte.

1) Schema nach W. König, dtv-Atlas zur deutschen Sprache, München 1978, S. 102.

2) Vgl. L. Kremer, Sprache und Geschichte im westfälisch-niederländischen Grenzraum, Vreden 1978.



2.1.3 Die Situation der Dialekte und Kultursprachen heute

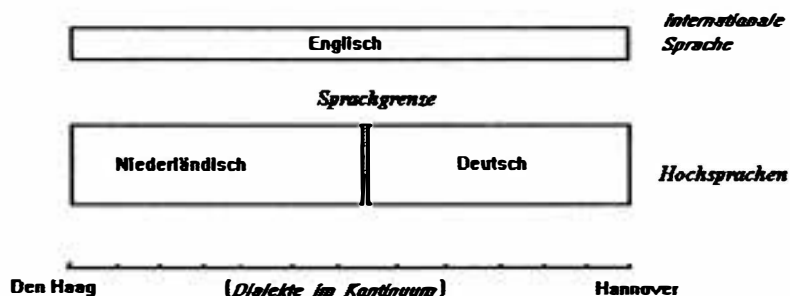
Kulturpessimisten sehen in der Verdrängung der Dialekte durch die normierenden Hochsprachen einen Verlust. Sie beklagen den Verlust des Formenreichtums, der Ausdruckskraft und der Unmittelbarkeit und warnen vor den Folgen für die mehr und mehr ihres Wurzelgrundes beraubten Standardsprachen.

Trauer über den Verlust einer Lebensform ist verständlich; Protest aber wäre wirklichkeitsfremd. Denn der „Naturzustand“ des kontinentalwestgermanischen Kontinuums mit relativ kleinräumigen Dialektfeldern war Bestandteil der immobilen bäuerlichen Lebenswelt. Wie Sprache allgemein der vollkommenste Spiegel einer Gesellschaft ist, so dokumentiert die Reichweite einer Sprache die Mobilität ihrer Sprecher. Im Lauf der vergangenen 500 Jahre hat sich das Bild der Gesellschaft von Grund auf gewandelt. Der Grad der heute erreichten Mobilität liegt weit über dem der voragratischen nomadischen Zeitalter. Die technischen Möglichkeiten der sprachlichen Kommunikation sind, was Frequenz und Distanz betrifft, in derselben Zeitspanne ebenso unvergleichlich gewachsen wie die demografischen und ökonomischen Daten. Längst haben Medien und Mobilität den Rahmen der Nationalsprachen gesprengt.

Internationale Verständigungsmittel werden dringend gebraucht und angeboten. Sogenannte Weltsprachen schieben sich über die nationalen Idiome wie vor 500 Jahren die Mundarten der Machtzentren über die umliegenden Dialekte. Im Weltmaßstab wiederholt sich die Herausbildung der Kultursprachen über den Regionalsprachen in der Formierung der Weltsprachen über den Landessprachen. Dadurch ist an der deutsch-niederländischen Grenze eine neue Situation entstanden. Das Englische wird supranational zum gemeinsamen Medium, während der Gebrauch der Dialekte für den grenzüberschreitenden Verkehr kaum noch eine Rolle spielt.

Bei Besuchen im Nachbarland überwiegt der Gebrauch der Nachbarsprachen. L. Kremer kommt zu dem Schluß, „daß der Gebrauch der Mund-

art wohl nur noch als Notlösung gesehen ... wird, soweit es sich nicht um familiäre Kontakte handelt, ...“³



2.2 Die Wirkung der Grenze

2.2.1 Die Peripherisierung

Durch die von den Zentren der Macht ausgehende Politik der absolutistischen Fürsten und der nachfolgenden Nationalstaaten ist die sowohl landschaftlich als auch sprachlich offene Durchgangszone der Tiefebene zwischen Mittelgebirgssaum und Nordsee willkürlich zerschnitten worden in ein westliches und ein östliches Territorium. Je wirksamer die Machtmittel der Nationen wurden, desto spürbarer gerieten die Regionen an der Schnittlinie, der Grenze, in eine nachteilige Randlage, denn die zentripetalen Kräfte in diesen Systemen sorgten für eine Umverteilung zugunsten der Zentren und zu Lasten der Peripherie.

Die Vernachlässigung der Grenzzone war nicht nur eine Folge der Machtkonzentration in den Zentren, wo Hofhaltung, Hauptstadt und Heer schon alle Finanzmittel erschöpften, sondern auch eine Frage der Strategie. Die kostspielige Erschließung einer Grenzregion hätte im Zeitalter der Anarchie souveräner Territorialmächte die Regierung im Nachbarland womöglich zur Eroberung herausfordern können.

Als diese Strategie überholt war und zum Beispiel die Grenzmoore entwässert waren und landwirtschaftlich genutzt wurden, ersetzte die nationale Abgrenzungspolitik die natürlichen Grenzen nur durch noch undurchlässigere künstliche. Die auffallend regelmäßig an der Grenze endenden Straßen und Wege dokumentieren auf topografischen Karten und in

3) L. Kremer, *Grenzmundarten und Mundartgrenzen*, Niederdeutsche Studien, Bd. 28.1, Köln/Wien 1979, S. 137f.

natura die nationalpolitische Mentalität. (Stoff für ein grenzüberschreitendes Unterrichtsprojekt: „Endstation Grenze“)

Im Aktionsprogramm für die EUREGIO, das Mitte der achtziger Jahre fertiggestellt wurde und dem eine wissenschaftliche Studie des Nederlands Economisch Instituut (N.E.I.) zugrunde liegt, heißt es über die Infrastruktur der EUREGIO : „De doorgaande grensoverschrijdende wegverbindingen zijn als gevolg van de perifere ligging nog onvoldoende.“⁴

Die Auswirkungen der jahrhundertealten Vernachlässigung der Randgebiete im Nationalstaat sind in allen Lebensbereichen bis heute spürbar. Hier soll pars pro toto nur noch darauf hingewiesen werden, daß der Besuch von Realschulen und Gymnasien unter dem Landesdurchschnitt liegt, daß das Arbeitsplatzangebot einseitig und unzureichend ist - der tertiäre Sektor ist deutlich unterrepräsentiert, daß es infolgedessen zur selektiven Abwanderung kommt usw.

2.2.2 Der halbierte Horizont

Über Jahrhunderte hin bis in die jüngste Gegenwart ging die Verdrängung der Dialekte einher mit einer Diskriminierung der Bewohner der Grenzregion, deren Muttersprache die Mundart war. In den fünfziger Jahren war der Verfasser als Schüler Zeuge der amtlichen Sanktionen gegen Dialektsprecher. Seinerzeit gab es nicht wenige Mitschüler, die zu Hause fast nur niederdeutsch sprachen. Einige unter ihnen glänzten durch hervorragende Leistungen in allen Fächern – bis auf Deutsch. Im Laufe der Schuljahre sank allein diese Note ab, teilweise bis ‚mangelhaft‘. Man wurde aber damals nur zum Abitur zugelassen, wenn in Deutsch wenigstens ein ‚ausreichend‘ auf dem Prima-Zeugnis stand.

In wieviel „Fällen“ solche offiziellen Maßnahmen den Lebenslauf von Menschen aus der Grenzregion durch die Jahrhunderte negativ bestimmt haben, läßt sich nur ahnen. Darüber Buch zu führen, lag nicht im Interesse der Behörden.

Nach dem rapiden Rückgang des Mundartgebrauchs in den vergangenen Jahrzehnten trifft die Bevölkerung an der Grenze nun eine neuerliche Benachteiligung. Kinder wachsen dort, besonders auf deutscher Seite, mit einem Horizont von 180° auf. Die Welt jenseits der Grenze bleibt ihnen fremd und verschlossen, weil sie die Nachbarsprache nicht verstehen, geschweige denn sprechen können.

4) Grenzüberschreitendes Aktionsprogramm für die EUREGIO, interne Schrift o. J., S. 38.

Mir ist keine Untersuchung bekannt, die den Einfluß des halbierten Horizonts an der Sprachgrenze auf Entwicklung und Mentalität der Heranwachsenden analysierte. Aus unmittelbarer Anschauung sind aber die Stereotype und Vorurteile nur allzu bekannt, von Vorbehalten gegenüber der Sprache und dem Nachbarland allgemein bis zu Ausschreitungen im Zusammenhang mit Fußballspielen der National(!)mannschaften.

Sie sind eine Folge der noch immer national bestimmten Schulpolitik und tradieren nationale Haltungen. Denn die Kinder auf beiden Seiten der Grenze lernen nicht etwa die jeweilige Nachbarsprache als erste Fremdsprache, sondern die Drittsprache Englisch. Die global und national orientierte Schulsprachenpolitik heute erweist sich als ebenso rücksichtslos gegenüber den Grenzregianern wie seinerzeit die preußische Hochsprachenverordnung.

An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß die genannte Schulsprachenpolitik gegen elementare Rechte verstößt. Anders als zur Zeit der souveränen Nationen gibt es jetzt die Erklärung der Menschenrechte und die Erklärung der Rechte des Kindes durch die Vereinten Nationen. Vor allem die Artikel 26 und 27 der Erklärung der Menschenrechte fordern eine Ausbildung, die „die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“ (Art. 26) sowie „Verständnis zwischen den Nationen“ (Art. 27) zum Ziel hat. In der Erklärung der Rechte des Kindes ist der Grundsatz „gleicher Chancen“ in Erziehung und Unterricht verankert (Grundsatz 7).

Mit Blick auf diese Grundrechte ist nachdrücklich für die jungen Menschen in den deutsch-niederländischen Grenzregionen Nachbarsprachen-Unterricht an *allen* allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen zu fordern. Nur durch eine solche massive Förderung des Nachbarsprachen-Unterrichts ist die Ungleichheit der Lebenschancen nach Jahrhunderten endlich zu überwinden.

Die EUREGIO hat in ihr oben genanntes Aktionsprogramm die Förderung der Zweisprachigkeit der Region als Voraussetzung der Integration geschrieben. Aber dieses Ziel wird bis zum Ende der Laufzeit des Programms (1995) auch nicht ansatzweise verwirklicht sein. Der EUREGIO fehlen dazu die Mittel und Möglichkeiten. Schulpolitik wird von Düsseldorf und Hannover sowie von Den Haag aus gemacht.

2.3 Recht und Realität

2.3.1 Die Realität der Information

Gemessen an der Zielvorgabe ‚Europäische Zukunft in der integrierten zweisprachigen EUREGIO‘ fehlen beinahe alle Voraussetzungen, das Ziel in absehbarer Zeit auch zu erreichen. Bei den meisten Verantwortlichen innerhalb und außerhalb der Euregios ist nicht einmal das Bewußtsein vorhanden, daß Zweisprachigkeit durch Nachbarsprachen-Unterricht eine unerläßliche Bedingung für die angestrebte Integration ist. Viele machen sich nicht klar, daß die Integration der Grenzregionen ein Gradmesser für den Stand der europäischen Integration und ein wesentlicher Garant für die Stabilität der Europäischen Union ist. Andererseits sind diejenigen, die durch ihr Engagement für die Euregios mit dem Sachverhalt vertraut sind, nicht zuständig für die Schulpolitik.

Wenn nicht einmal die die Nachbarsprache Unterrichtenden selbstverständlich davon überzeugt sind, daß dem Nachbarsprachen-Unterricht eine Schlüsselfunktion im europäischen wie im euregionalen Integrationsprozeß zukommt, darf allen anderen Beteiligten und der veröffentlichten Meinung kein Versäumnis nachgesagt werden.

Die Nachbarsprachen-Lehrer hätten allen Grund, das auf beiden Seiten der Grenze relativ geringe Prestige ihres Faches aufzuwerten. Allerdings ist es leider keine Ausrede, daß den fähigen und bereiten Kollegen die notwendige Unterstützung und Koordination durch europäische und nationale Verwaltungen fehlt.

Verwaltung und Praxis wiederum könnten, um einen Teil der Versäumnisse zu relativieren, darauf verweisen, daß es noch immer keine Nachbarsprachen-Didaktik gibt, um einen Teil der tatsächlichen Versäumnisse zu relativieren. Das theoretische Defizit des Faches erschwert in der Tat die tägliche Arbeit aller Beteiligten. Die konzeptuelle Vorarbeit kann nicht jeder einzeln ad hoc leisten.

Es genügt auch nicht, daß europolitisch möglichst oft von Diversifikation im Fremdsprachenunterricht geredet und geschrieben wird. Und die ausdrückliche Förderung der „kleinen Sprachen“ innerhalb der EU verrät nur die Konzeptionslosigkeit einer Politik, die zugleich diskriminiert und beschwichtigt. Die Alternative – ein EU-weites Förderprogramm für den Nachbarsprachen-Unterricht – wäre europolitisch fundiert, würde keine Sprache diskriminieren und die immer wieder zu Recht geforderte Mehrsprachigkeit ökonomisch vertretbar realisieren.

2.3.2 Die organisatorische Realität

Wo es auf der Ebene des Bewußtseins nur erste Ansätze gibt, kann von der Organisation eigentlich nichts erwartet werden. Mehr als Ansatzpunkte zum Aufbau des Nachbarsprachen-Unterrichts sind auch nicht vorhanden.

Aber zumindest auf niederländischer Seite darf man von einem Fundament sprechen. Dort ist eine Grundbedingung bereits erfüllt: Alle Schüler haben grundsätzlich und praktisch die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Freilich erst ab Klasse 8 und im Fremdsprachenunterricht.

In der deutschen NUN-Zone sind die Voraussetzungen wesentlich schlechter. Hier haben Schüler nur die prinzipielle Chance, nicht aber die praktische, in der Nachbarsprache unterrichtet zu werden. Nur wenige Schulen bieten das Fach Niederländisch überhaupt an. An diesen wenigen Schulen ist Fachlehrermangel ganz normal.

Immerhin sind trotz aller Mängel auf deutscher Seite ein paar Versuchsschulen bereits in der Aufbauphase bilingualen Nachbarsprachen-Unterrichts. Dieser Ansatzpunkt fehlt noch in den niederländischen und niedersächsischen Schulen. Die Planung und Organisation „paritätischer“ Schulen, in denen (z.B. in Südtirol) Schüler 50 % des Unterrichts in der einen und 50 % in der andern Nachbarsprache erhalten, ist hier noch nicht einmal in Erwägung gezogen.

Noch recht neu und wichtig ist die „Begegnungssprache Niederländisch“ an NRW-Grundschulen. In Niedersachsen und in den Niederlanden ist man noch nicht so weit.

Ein kritischer Punkt ist die Lehrerbildung. Ein richtiger Ansatz wird aus Niedersachsen gemeldet. In Nordhorn hat das erste Projekt einer euregionalen Lehrerbildung seinen Ort.

Grenzüberschreitende Schulpartnerschaften müßten das Rückgrat des Nachbarsprachen-Unterrichts Niederländisch bilden. Aber es sind noch viel zu wenige, und ihre Form ist zu extensiv. Außer dieser organisatorischen euregionalen Symmetrie gibt es nach Ländern und Schulformen vor allem Divergenzen und Provisorien zu melden. Der Anschein des Akzidentellen und Disparaten entsteht nicht von ungefähr.

Der status quo ist m. E. nur dadurch zu überwinden, daß die Euregios neben den ökonomischen auch kulturelle Aufgaben verstärkt wahrnehmen; hierbei ist unter anderem an die grenzüberschreitende funktionale Koordination des Nachbarsprachen-Unterrichts zu denken.

2.3.3 Die personelle Realität

Auf deutscher Seite ist das Defizit gewaltig. Vor allem an Grundschulen und in der Sekundarstufe I fehlen ausgebildete Niederländisch-Lehrer. Ein Grund für diesen großen Mangel ist sicher die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen erst seit etwa 25 Jahren Lehramtskandidaten überhaupt einen Studiengang anbietet. Niedersachsen kennt einstweilen lediglich ein Erweiterungsstudium.

Daher unterrichten relativ viele Lehrer das Fach ohne Fakultas. Auch unter denjenigen, die das Fach verwalten, vom Schulleiter bis zum Ministerialrat, ist nur ausnahmsweise jemand vom Fach.

Von bewußter Vernachlässigung des Schulfachs kann darum nicht die Rede sein. Aber zuviel hängt von der Initiative der einen oder anderen Person ab.

So wie die Dinge liegen, wird sich an dieser Situation so bald nichts ändern, wenn nicht von politischer Seite eine klare Kurskorrektur zugunsten der Grenzregionen vorgenommen wird. Die Revision der Schulsprachenpolitik ist ohnehin aus mehreren Gründen überfällig.

Fazit: Die Entwicklung der Nationalstaaten Niederlande und Deutschland hat dazu geführt, daß die Staatsgrenze zwischen diesen Ländern im Lauf der vergangenen 300 Jahre zur Sprachgrenze geworden ist. Dies war ein nachhaltiger Einschnitt in das Leben der Grenzbevölkerung, dessen Auswirkungen heute durch die Integrationsbemühungen gelindert werden sollen.

Darüber hinaus haben andere Komponenten der Peripherisierung die Grenzbevölkerung gegenüber der Kernraumbevölkerung Generationen hindurch benachteiligt. Aus dieser dem Territorialstaat immanenten Diskriminierung peripherer Gebiete ist das Recht der Grenzregionen auf kompensatorische Förderprogramme historisch abzuleiten.

Eine Grundvoraussetzung zur Normalisierung ist die Öffnung der Grenze. Sie ist nicht mit der Demontage der Schlagbäume erfolgt. Die Öffnung der Sprachgrenze steht noch aus. Ohne ein Nachbarsprachen-Programm, das obligatorischen Nachbarsprachen-Unterricht an allen Schulen der Euregios vorsieht, ist das europolitische Ziel der Integration nicht zu erreichen.

Die europolitische Zielsetzung konvergiert in den Euregios mit dem Grundrecht auf Chancengleichheit und auf volle Entfaltung der Persönlichkeit.